Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11649**

18. Wahlperiode 23.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Ulle Schauws, Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/11177 –

Initiative "She Decides" unterstützen – Die sexuellen und reproduktiven Rechte und die Selbstbestimmung und Gesundheit von Frauen und Mädchen in Ländern des globalen Südens stärken

A. Problem

Derzeit kommen etwa 50 Prozent der Mittel der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) für Familienplanung aus den Vereinigten Staaten von Amerika (United States of America, USA). Deren neugewählter Präsident unterzeichnete die so genannte Global Gag Rule, durch die, nach Überzeugung der Antragsteller, viele Beratungs-, Gesundheits- und Unterstützungsangebote für Frauen und Mädchen bedroht sind, da die Gelder mit dieser Maßnahme gestrichen werden sollen.

Die niederländische Regierung hat nun die Initiative „She Decides“ ins Leben gerufen, der sich zahlreiche Länder, wie Schweden, Dänemark, Finnland und Kanada, angeschlossen haben. Der Bundesrat hat beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, dieser Initiative ebenfalls beizutreten. Ziel ist es, die durch die wegfallenden US-Mittel wachsende Finanzierungslücke im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit so weit wie möglich zu schließen, damit möglichst alle Mädchen und Frauen selbst bestimmen können, ob, wann und von wem sie schwanger werden wollen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/11177 abzulehnen.

Berlin, den 8. März 2017

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dagmar G. Wöhrl
Vorsitzende

Dr. Georg Kippels
Berichterstatter

Michaela Engelmeier
Berichterstatterin

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Georg Kippels, Michaela Engelmeier, Heike Hänsel und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 18/11177** in seiner 218. Sitzung am 16.02.2017 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, die Initiative „She Decides“ zu unterstützen und bei deren Planung und Einrichtung hochrangig vertreten zu sein.

Darüber hinaus soll die Bundesregierung die Mittel für diejenigen Organisationen noch im laufenden Haushaltsjahr erhöhen, die von Kürzungen bedroht seien. So werde ein signifikanter finanzieller Beitrag dazu geleistet, damit entsprechende Angebote für Frauen und Mädchen in den Ländern des globalen Südens aufrecht erhalten und ausgebaut werden könnten.

Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, sich im Rahmen der EU dafür einzusetzen, damit die ODA-Mittel der EU-Kommission für den Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit erhöht würden. Außerdem solle sie bei EU-Mitgliedstaaten und anderen Partnern für deren Beteiligung an „She Decides“ werben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage 18/11177 in seiner 100. Sitzung am 22.03.2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage 18/11177 in seiner 83. Sitzung am 08.03.2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage 18/11177 in seiner 107. Sitzung am 08.03.2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage 18/11177 in seiner 81. Sitzung am 08.03.2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 79. Sitzung am 08.03.2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** weist darauf hin, dass man einen kurzen Antrag vorlege, dessen Bedeutung jedoch nicht zu unterschätzen sei. Entwicklungspolitik trage zur Stabilisierung und Demokratisierung

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

von Ländern bei, was bis zum Jahr 2000 allerdings nicht vollumfänglich gelungen sei. Mit der Entwicklung der Millenniumentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) und mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) verfolge die heutige Entwicklungspolitik eine neue Richtung, die das Potential habe, erfolgreich zu sein. So würden die Familienplanung und die Rolle der Frau stärker in den Fokus genommen. Sogar in Niger, einem Land mit einer überwiegend moslemischen Bevölkerung, könne man feststellen, dass Demografie und die Situation der Frau thematisiert würden, und man finde Ansätze einer Familienplanung, die förderungswürdig seien. Die USA seien in der Vergangenheit in diesen Bereichen immer sehr aktiv gewesen und würden nach wie vor 50 Prozent der weltweiten Finanzmittel für Programme der Familienplanung, für sexuelle und reproduktive Rechte von Frauen sowie für Mädchenrechte zur Verfügung stellen. Ob das mit dem neuen Präsidenten Donald Trump so bleibe oder ob es zu Änderungen komme, müsse man abwarten. Die niederländische Regierung habe nun die Initiative ergriffen und andere Länder hätten sich angeschlossen, um einen möglichen Fehlbetrag auszugleichen. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich der Initiative „She Decides“ noch nicht angeschlossen. Der vorliegende Antrag beinhalte die Aufforderung an die Bundesregierung, genau dieses nachzuholen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** macht darauf aufmerksam, dass man den vorliegenden Antrag sauber differenzieren müsse. Dem Kernanliegen könnte die Fraktion der CDU/CSU grundsätzlich zustimmen, denn dazu gebe es keinen Dissens. Man befinde sich jedoch außenpolitisch in einer vollkommen außergewöhnlichen Situation. Es gebe aktuell einen vital regierenden amerikanischen Präsidenten, der sich zu allen möglichen Positionen in kürzester Zeitfolge widersprüchlich äußere. Angesichts der vorliegenden vorläufigen Informationen aus Washington wäre es unangebracht, im Voraus bereits die Feuerwehr spielen zu wollen, und das gelte auch für Finanzmittel. Die Fraktion der CDU/CSU sei der Auffassung, dass es ein fatales Zeichen wäre, wenn man ins Obligo gehen und Löcher stopfen würde. Nun sei es vielmehr zwingend geboten, die USA diplomatisch an ihre Verantwortung zu erinnern, und das werde man nachdrücklich tun. Sollte man dann die Lage wider Erwarten anders einschätzen müssen, dann werde man sich erneut über die Thematik unterhalten. Aber zu signalisieren, dass man aufgrund von Vermutungen etwaige Finanzierungslücken schließen werde, wäre definitiv falsch. Aus diesem Grund lehne man aktuell diese Vorgehensweise ab, was jedoch nichts mit dem Thema, sondern mit der diplomatischen Strategie zu tun habe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** räumt ein, dass diplomatische Ansätze gegenüber der US-Administration löblich seien, aber man bedenken müsse, dass die Mittel für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Population Fund, UNFPA) bereits gestrichen seien; insofern sei aktives Handeln angesagt. Die Fraktion DIE LINKE. unterstütze den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gleichwohl sei die enthaltene automatische Verknüpfung zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper mit Fragen der Weltbevölkerung unangemessen. Es gehe um sexuelle reproduktive Grundrechte, weshalb der Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibungsmöglichkeiten gegeben sein sollte. Aber man habe nicht darüber zu entscheiden, in welchen Ländern mehr Bevölkerung vonnöten sei und wo nicht, und die Beeinflussung von Asien und Afrika sei in diesem Zusammenhang unangebracht. Seit den 70er Jahren sei klar, dass Armut und Bevölkerungswachstum und somit auch Kinderreichtum in den Ländern des Südens miteinander gekoppelt seien, weil eine fehlende Rentenversicherung und zu wenig Auskommen zu mehr Kindern führen würden, da diese mitarbeiten müssten, um Geld hinzuzuverdienen. Bei einer derartigen Zielrichtung könne man nicht verantworten, ein Bevölkerungswachstum zu bekämpfen. Davon abgesehen, sei der Antrag gut und werde unterstützt.

Die **Fraktion der SPD** stellt heraus, dass der vorliegende Antrag in seiner ursprünglichen Version hervorragend sei. Dabei müsse man allerdings wissen, dass er im Bundesrat von den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bremen eingebracht worden sei, und die vorliegende Version bis in die Ausformulierungen eine Kopie sei. Es sei nichts Neues eingearbeitet worden. Der Bundesrat habe die Initiative „She Decides“ unterstützt, und die Bundesregierung aufgefordert, entsprechend zu agieren. Insofern sei die Angelegenheit durch vorgenommenes Regierungshandeln bereits erledigt. Die taktischen Spielereien, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem nochmaligen Einbringen des Antrags mache, brauche man nicht. Deshalb werde die Fraktion der SPD den Antrag ablehnen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 8. März 2017

Dr. Georg Kippels
Berichterstatter

Michaela Engelmeier
Berichterstatterin

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.